

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP**Kooperation mit Yad Vashem nicht auf Lehrerinnen und Lehrer beschränken**

Am 22. November 2018 wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und dem Bremer Senat unterzeichnet.

Ziel ist es, das gegenseitige Verständnis für Geschichte und Gesellschaft sowie die Fortbildung von Lehrkräften zu fördern und den Dialog zwischen deutschen und israelischen Lehrkräften zu erleichtern. Die Unterrichtsmaterialien und Fortbildungen, die dabei durch die Gedenkstätte Yad Vashem zur Verfügung gestellt werden, stellen das Schicksal einzelner Menschen ins Zentrum und fördern so Interesse und Empathie für jüdische Lebenswelten vor, während und nach dem Holocaust. Dieses „Lernen über den Holocaust“ ist unverzichtbar und kann dabei helfen, aus der Geschichte für die Zukunft zu lernen.

In anderen Bundesländern beschränkt sich die Zusammenarbeit mit Yad Vashem nicht ausschließlich auf Lehrkräfte. In Nordrhein-Westfalen werden auch Studienreisen für Richterinnen und Richter beziehungsweise Staatsanwältinnen und Staatsanwälte regelmäßig durchgeführt. Diese Fortbildungskooperationen wurden 2016 erweitert um Studienreisen für angehende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte des gehobenen Dienstes während des Fachhochschulstudiums und im Rahmen der curricularen Möglichkeiten in der Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol). Eine entsprechende Vereinbarung hat das Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) im Dezember 2015 auf der Basis der Gemeinsamen Absichtserklärung mit Yad Vashem geschlossen. Weiterhin sind gemeinsame Veranstaltungen der Bildungsträger in der polizeilichen Aus- und Fortbildung und Yad Vashem in Nordrhein-Westfalen zu polizeigeschichtlichen oder berufsethischen Themen geplant.

Im Rahmen der neuen Bildungsk Kooperation zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Gedenkstätte im Fachbereich Polizei wurde vereinbart, dass gemeinsam mit Yad Vashem Studienmaterialien für die Studierenden des Bachelorstudienganges Polizeivollzugsdienst erstellt und aufbereitet werden. Die Materialien sollen zum Beispiel Rolle und Selbstverständnis der Polizei im historischen Kontext, Antisemitismus, Extremismus, Werteorientierung oder interkulturelle Kompetenz betreffen. Die Kooperationspartner unterstützen sich bei der wissenschaftlichen Informationsgewinnung und bei Veranstaltungen zu polizeirelevanten Themenstellungen, bei denen historische und ethische Fragestellungen bearbeitet werden. Darüber hinaus sind auch jährliche Studienfahrten der Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (FHöV NRW) vorgesehen.

Auch in anderen Bundesländern gibt es ähnliche Programme oder Programmüberlegungen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Kooperationsvereinbarung mit der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem auch auf andere Berufsgruppen zu erweitern;
2. dabei insbesondere die bereits bestehenden Kooperationen, unter anderem in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, für die Ausbildung der Polizei in den Blick zu nehmen und zu prüfen, wie schnell auch in Bremen, gegebenenfalls in der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, eine solche Kooperation umgesetzt werden kann;
3. zu prüfen, welche Angebote in Yad Vashem bereits für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aus Deutschland bestehen, und, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit diesen Bundesländern, auch bremischen Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten die Möglichkeit zur Teilnahme zu eröffnen;
4. dabei auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung die Teilnahme an derartigen Programmen zu ermöglichen;
5. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 30. April 2019 über die unternommenen Schritte zu berichten.

Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Henrike Müller, Björn Fecker, Sülmez Dogan,
Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Thomas vom Bruch, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Dr. Magnus Buhlert, Birgit Bergmann, Prof. Dr. Hauke Hilz,
Lencke Steiner und Fraktion der FDP